

Wann fängt diese Landesregierung mit dem Regieren an?

Die Pressekonferenz der Landesregierung zum Jahresauftakt ist eine herbe Enttäuschung für all jene, denen unser Land am Herzen liegt. Die Ministerpräsidentin und ihre Stellvertreterin haben viele Entwicklungen beschrieben, die sie in Nordrhein-Westfalen beobachten. Die Zuschauerrolle alleine reicht aber nicht für eine Landesregierung. Wo bleiben Impulse dafür, dass unser Land vorankommt?

Beispielhaft für die Planlosigkeit ist der hilflos wirkende Versuch, sich durch eine Hinwendung zur Digitalisierung einen modernen Anstrich zu geben. Während die Bundesregierung bereits im August des vergangenen Jahres eine umfassende Digitale Agenda im Kabinett verabschiedet hat, entdeckt die Ministerpräsidentin nun, dass in unserem Land die digitale Revolution stattfindet. Sie wirkt dabei wie jemand, der zu spät kommt, ohne es zu wissen. Ich freue mich zwar, dass die Ministerpräsidentin meiner Forderung aus der vergangenen Haushaltsdebatte nachkommt und im Landtag eine Regierungserklärung zur Digitalisierung abgeben will. Dann jedoch muss sie mehr präsentieren als wortreiches Staunen und wohlklingende Titel. Die ganze Substanzlosigkeit der heutigen Show-Veranstaltung zeigt sich beim Breitbandausbau: Bei der Frage nach der Finanzierung verweist die Ministerpräsidentin auf die erhofften Erlöse aus der Versteigerung von Funkfrequenzen. Das ist kein Plan für den dringenden Ausbau unserer digitalen Infrastruktur, sondern höchstens Stückwerk.

In der Kernfrage, wie die Wirtschaftskraft unseres Landes gestärkt werden kann, versagt diese Landesregierung weiterhin: Landesentwicklungsplan, Klimaschutzgesetz und Tariftreue- und Vergabegesetz werden unsere Unternehmen weiterhin daran hindern, ihre Stärke entfalten zu können und Arbeitsplätze zu schaffen. Andere wichtige Fragen sind offen geblieben: Zu den Herausforderungen der Energiewende für die Wirtschaft in unserem Land – kein einziges Wort. Auf drängende Fragen von Schülern, Eltern und Lehrern bei der Inklusion bleibt Frau Löhrmann die Antwort schuldig. Eine erste Idee, wie unsere Sicherheitsbehörden nach den Anschlägen von Paris gestärkt werden können – Fehlanzeige.

Zu all diesen Fragen erwarten die Menschen in unserem Land eine Antwort ihrer Regierung. Die Landesregierung muss endlich erklären, wie sie dazu beitragen will, dass

Pressestelle

| | | | | |
|---------------------|------------------------|----------------------|--------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Axel Bäumer | - Pressesprecher | Tel: (0211) 884-2213 | Mobil (0151) 1 884 10 71 | axel.baeumer@cdu-nrw-fraktion.de |
| Nils Sönksen | - Pressereferent | Tel: (0211) 884-2355 | Mobil (0151) 1 884 10 90 | nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de |
| Teresa Leson | - Sekretariat/Internet | Tel: (0211) 884-2018 | Mobil (0151) 1 884 10 83 | teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de |
| | | Tel: (0211) 884-2213 | | cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de |

unser Land zum Aufsteigerland wird. Nach der heutigen Pressekonferenz wissen wir nicht mehr als vorher.

CDU für 2,5-Prozent-Sperrklausel – Räte und Kreistage müssen handlungsfähig sein

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für die Einführung einer 2,5-Prozent-Sperrklausel bei künftigen Kommunalwahlen ausgesprochen, um die Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen zu sichern. Wenn die Räte und Kreistage durch die Zersplitterung in ihrer Funktionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke der Kommunen bedroht. Die Zahl der Ratsfraktionen sowie der Gruppierungen und Einzelbewerber ohne Fraktionsstatus in den Gemeindevertretungen hat sich seit der letzten Kommunalwahl drastisch erhöht.

Die Sperrklausel ist 1999 durch den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen außer Kraft gesetzt worden. Durch die Abschaffung der Sperrklausel kam es zu einer Zersplitterung der Kommunalparlamente, die von Wahl zu Wahl gravierender wurde und mit den Kommunalwahlen vom 25. Mai 2014 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. In mehr als der Hälfte aller kreisfreien Städte sind zehn und mehr Parteien und Gruppierungen in die Stadträte eingezogen. Selbst in drei Kreistagen und einigen Räten kreisangehöriger Gemeinden hat die Zersplitterung dieses Niveau erreicht.

Diese Zersplitterung beeinträchtigt nicht nur die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen, sie behindert auch eine effektive und kraftvolle Vertretung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein Problem für die lokale Demokratie. Ratssitzungen dauern immer länger, ohne zu den erforderlichen Entscheidungen zu kommen. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwieriger, politisch Interessierte für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen.

Im Spannungsfeld zwischen den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen hält die CDU-Landtagsfraktion eine Sperrklausel von 2,5 Prozent für geeignet und angemessen. Jetzt kommt dem Ministerium für Inneres und Kommunales die Aufgabe zu, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine rechtssichere Sperrklausel darzulegen. Die CDU-Landtagsfraktion wird zeitnah Gespräche mit den anderen Landtagsfraktionen aufnehmen, um möglichst im ersten Halbjahr des Jahres 2015 das notwendige parlamentarische Verfahren beginnen zu können.

Sozialer Wohnungsbau unter Rot-Grün weiter im Keller

Die soziale Wohnraumförderung hat in Nordrhein-Westfalen eine lange und erfolgreiche Tradition. Im Landtag besteht seit Jahrzehnten ein fraktionsübergreifender Konsens über ihre Notwendigkeit für Menschen, die sich auf dem freien Markt nicht mit Wohnraum

versorgen können. Doch nach fast fünf Jahren rot-grüner Regierungszeit droht die Förderung nun zu scheitern. Seit Regierungsantritt von Ministerpräsidentin Kraft befinden sich die Förderzahlen im Keller.

SPD und Grüne waren 2010 mit dem Anspruch angetreten, mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu wollen, erreicht haben sie das Gegenteil. Rot-Grün hat den Wohnungsmarkt mit einer Vorschriftenschwemme überflutet und mit der zweimaligen Erhöhung der Grunderwerbsteuer den Bau von bezahlbarem Wohnraum gebremst. Vor dem Hintergrund ist es eine Farce, wenn Bauminister Groschek ankündigt, 2015 den sozialen Wohnungsbau über eine Bundesratsinitiative von der Grunderwerbsteuer befreien zu wollen, die Rot-Grün selbst gerade erst vor vier Wochen erhöht hat. Das dokumentiert den baupolitischen Schlingerkurs und das schlechte Gewissen dieser Landesregierung.

Der Absturz der Wohnraumförderung unter Rot-Grün von über 1 Milliarde Euro in den Jahren 2009 und 2010 auf 502 Millionen Euro im Jahr 2013 war eine regelrechte Bruchlandung. Was Minister Groschek in dieser Woche vorgelegt hat, war kaum besser: Im Jahr 2014 wurden nur 523,5 Millionen Euro abgerufen. Dabei hätte der Absturz im Jahre 2013 für Groschek ein Warnsignal sein müssen, um die Förderkonditionen grundlegend zu ändern. Passiert ist leider nichts.

Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits im Dezember 2013 ein wirkungsvolles Konzept vorgestellt, wie das Land aus dem historischen Tief der sozialen Wohnraumförderung wieder herauskommen kann (Drucksache 16/4551). Die rot-grüne Landesregierung hatte unsere Vorschläge ignoriert, die Folge ist ein weiteres historisches Tief der sozialen Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen.

Verkauf der Kunstsammlung der ehemaligen WestLB ist ein Armutszeugnis

Die Debatte im Kulturausschuss des Landtags hat wieder einmal gezeigt: In der derzeit wichtigsten kulturpolitischen Frage in Nordrhein-Westfalen, also dem Umgang mit der Kunstsammlung der ehemaligen WestLB, agiert die für Kultur zuständige Ministerin Schäfer völlig plan- und ziellos. Auch von Ministerpräsidentin Kraft war bei ihrer Jahresauftaktpressekonferenz zu dieser Frage nicht mehr als Ausweichen und Rumlavieren zu vernehmen.

Wo energisches Handeln im Interesse der nordrhein-westfälischen Kultur gefragt ist, übernehmen das Finanzministerium und ein beauftragtes Unternehmen das Heft des Handelns. Der von Frau Schäfer einberufene ‚Runde Tisch‘ wäre schon jetzt eine Farce, wenn im Hintergrund Entscheidungen an der Kulturpolitik vorbei gefällt würden. Der Imageverlust für die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen ist groß. Ein kulturblinder Finanzminister, eine hilflose Ressortministerin und eine Ministerpräsidentin, die diesen gravierenden Imageverlust zulässt, tragen dafür die Verantwortung. Der Kulturausschuss wird sich gegen den Ausverkauf der Kunst sperren.

Innenminister Jäger vermittelt kein Gefühl von Sicherheit

Die Expertenanhörung in dieser Woche im Innenausschuss hat gezeigt: Innenminister Jäger hat die Kriminalität in unserem Land nicht im Griff. Er schafft es nicht, den Menschen ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Das gilt in besonderer Weise für die Einbruchskriminalität: Nach Angaben des BKA werden in Bayern pro 100.000 Einwohner lediglich 51 Wohnungseinbrüche verübt. In Nordrhein-Westfalen sind es dagegen 313 Einbrüche pro 100.000 Einwohner. Mit anderen Worten: Das Risiko, in unserem Bundesland Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist mehr als sechs Mal so hoch wie in Bayern.

Diese Zahlen bestätigen die Forderung CDU-Landtagsfraktion nach einer spürbaren Erhöhung des Kripo-Anteils am Gesamtpersonalbestand der Polizei (Drucksache 16/5760). Die CDU-Fraktion fordert zudem, mehr Personal von Verwaltungsaufgaben zu befreien und für die tatsächliche Kriminalitätsbekämpfung einzusetzen. Innenminister Jäger darf die Ermittler nicht länger durch Blitz-Marathons und andere Show-Aktionen von der Arbeit abhalten. Er muss das Thema Wohnungseinbrüche endlich zu einem innenpolitischen Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen machen.

Neben der Einbruchskriminalität nahmen die Experten auch zu dem CDU-Antrag „Einsatz von Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei Nordrhein-Westfalen erproben“ (Drucksache 16/5923) Stellung. Angesichts zunehmender Angriffe und Respektlosigkeiten, muss der Gesetzgeber alles unternehmen, um den Schutz seiner Polizeibeamten zu verbessern. Die Ergebnisse des Pilotprojekts „Body-Cam“ in Hessen belegen, dass Mini-Schulterkameras dazu hervorragend geeignet sind. Sie erzeugen nicht nur eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Angreifer. Im Falle des Falles können ihre Aufnahmen zudem dabei helfen, Angreifer beweiskräftig zu überführen. Die CDU-Landtagsfraktion fordert Rot-Grün daher auf einen entsprechenden Pilotversuch bei der nordrhein-westfälischen Polizei zu unterstützen.

Zweifelhafte Kriterien für Familienzentren – Land lässt Kommunen ohne soziale Brennpunkte im Regen stehen

Bei der nächsten Ausbaustufe der Familienzentren werden nur 100 neue Familienzentren hinzukommen. In der Begründung von Ministerin Schäfer heißt es unter anderem, dass man den Ausbau seit dem Kindergartenjahr 2012/2013 auf Gebiete mit besonderem Bildung- und Armutsrisiko fokussiert habe. Folglich bekommen Kommunen dann kein neues Familienzentrums, wenn zu wenig ‚Kinder unter 7 in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II‘ leben und es zu wenig ‚Abgänger ohne Schulabschluss‘ gibt – beides Kriterien, die beim Ausbau von Familienzentren sehr bedenklich sind. Familien mit Unterstützungsbedarf, die von diesem äußerst niederschwelligem Angebot profitieren könnten, gibt es schließlich nicht nur in sozialen Brennpunkten.

Die Einführung von Familienzentren geht auf die Zeit der CDU-geführten Landesregierung zurück. Die Ausbauplanungen aller Kommunen gingen damals von landesweit 3.000 Familienzentren aus und alle Akteure vor Ort hatten sich auf die jeweiligen Ausbaustufen für ihre Einrichtungen geeinigt. Diese Pläne wurden mittlerweile von der rot-grünen Landesregierung verworfen, weil sie mit der Umsetzung überfordert ist. Das hat vielerorts zu einem Ausbaustopp geführt, der nicht sein müsste.

Derzeit fehlen noch 750 Familienzentren bis zur Zielmarke der ursprünglich geplanten 3.000 Familienzentren. Offensichtlich werden diese nach dem Willen der Landesregierung nur schleppend oder gar nicht mehr realisiert werden können. Ministerpräsidentin Kraft tut nichts, um diese Fehlentscheidung ihrer Ministerin zu korrigieren und lässt die Kommunen ohne soziale Brennpunkte im Regen stehen.

CDU macht PCB-Belastung im Ruhrgebiet zum Thema im Landtag

Medien haben in dieser Woche über eine mögliche Belastung von Grubenwasser in stillgelegten Bergwerksstollen in Nordrhein-Westfalen durch PCB-haltige Abfälle berichtet. Demnach sollen bis Mitte der 1980er Jahre etwa 12.500 Tonnen PCB-haltige Hydraulikflüssigkeit in den Bergwerken der RAG verwendet worden sein. Von den eingesetzten Flüssigkeiten sei aber nur ein Bruchteil fachgerecht entsorgt worden.

Mehr als 10.000 Tonnen der hochtoxischen Chemikalie verblieben nach Erkenntnissen des Magazins SPIEGEL unter der Erde. Nun befürchten Umweltverbände ein gewaltiges Umweltdesaster. Dennoch will die RAG das Grubenwasser weiter ansteigen lassen, um für sich die Wassererhaltung zu vereinfachen und die Kosten zu senken. Dadurch könnten bis zu 10.000 Tonnen hochgiftiges PCB in das Trinkwasser der Bergbauregionen gelangen.

Die CDU-Fraktion fordert die rot-grüne Landesregierung daher auf, sich diesem Thema endlich in verantwortungsbewusster Weise anzunehmen. Die Gefahren für die Menschen und die Umwelt sind immens. Aus diesem Grund hat die CDU beantragt, die PCB-Belastung im Umweltausschuss und im Wirtschaftsausschuss zu behandeln. Die Ministerien haben Auskunft darüber zu geben, seit wann und welche Informationen sie über diese Fälle hatten und was bislang unternommen wurde, um Gefahrenabwehr zu betreiben.

Land benachteiligt viele Regionen beim sogenannten „Talentscouting“

Mit dem Programm „Talentscouting“ will die Landesregierung die Zahl von Studierenden aus bildungsfernen Schichten erhöhen. Talentscouts sollen dazu in den Schulen Schüler ansprechen, um für die Aufnahme eines Studiums zu werben. Grundsätzlich ist die Unterstützung aller geeigneten Schulabsolventen ein richtiges und notwendiges Ziel von Bildungspolitik.

Wie so oft bei dieser Regierung ist gut gewollt aber noch nicht gut gemacht. Vor allem im Hinblick auf die regionale Eingrenzung ist die Talentförderung höchst unfair. Das Programm soll nämlich „zuerst einmal“ auf das Ruhrgebiet begrenzt werden. Wissenschaftsministerin Schulze scheint zu glauben, dass es nur in Bottrop, Essen, Duisburg oder Bochum bildungsferne Schichten gibt. In Köln, Düsseldorf, Münster oder Siegen scheinen alle Talente den Weg an die Hochschulen eigenständig zu finden.